



ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich
am 29.06.2023

Zu Punkt **7.6**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
29.6.2023

Wien, 7. Juni 2023

Selbstständig? Ja, aber SICHER!

Seit mehr als drei Jahren herrscht Krisenstimmung in Österreich: Nach Pandemie und Ukraine-Krieg plagt die immense Teuerung die österreichischen Unternehmer:innen. Besonders stark leiden darunter die Klein- und Mittelunternehmen. In vielen Fällen liegt die Inflationsrate für diese weit über der allgemeinen Teuerung. Preiserhöhungen bei Gas von über 400% oder bei Strom von 250% sind in Branchen, wie etwa der Gastronomie, keine Seltenheit. Die zu zahlenden Teilbeträge sind regelrecht explodiert. Gleichzeitig kommen die von der Regierung gesetzten Maßnahmen, Stichwort Energiekostenzuschuss kaum und wenn doch, nur stark verzögert und mit großem Bürokratieaufwand verbunden, an. Die Indexierung der Mieten trifft auch gewerbliche Mieter:innen und der massiv angestiegene Wareneinsatz erhöht den Kostendruck weiter. Gerade für KMU und EPU ist es faktisch unmöglich, den gesamten Kostenanstieg an ihre Kund:innen weiterzugeben. Ein Umstand, der zu erheblichen finanziellen Nöten führt und eine große Existenzangst bei vielen Kleinbetrieben schürt. Sollte sich die Situation von selbst nicht entschärfen, was gemäß jüngster Wirtschaftsprognosen, die eine Verstetigung der Inflation voraussagen, unwahrscheinlich ist, kommen auf eine erhebliche Zahl von Unternehmer:innen wirtschaftlich düstere Zeiten zu.

Neben dieser akuten Bedrohung gibt es auch, die seit langem kritisierte Problematik der mangelhaften sozialen Absicherung von selbstständig tätigen Erwerbstreibenden. In diesem großen Bereich der unternehmerischen Daseinsvorsorge, ob nun beim Thema Krankengeld oder Arbeitslosenversicherung, sind Selbstständige etwa gegenüber ÖGK-Versicherten benachteiligt - ein unhaltbarer Zustand, der eine große Ungerechtigkeit darstellt.

Die genannten Probleme für Unternehmer:innen bleiben dringlich, harren aber weiterhin einer wirksamen Behandlung. Der Handlungsbedarf ist akut, schnelle und wirksame Unterstützungsmaßnahmen sind daher notwendig, um das wirtschaftliche Überleben von Selbstständigen zu gewährleisten.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

- Die Mineralölsteuer soll gesenkt werden.
- Die Umsatzsteuer auf Energie soll temporär gesenkt werden.
- Die Erhöhung der CO₂-Besteuerung soll bis zu einer Stabilisierung des Preisniveaus von Treibstoffen ausgesetzt werden.
- Das Energiepreisbildungssystem der Merit Order soll abgeschafft werden.
- Eine Harmonisierung der Sozialversicherungen und somit die Abschaffung des Selbstbehaltes soll erreicht werden.
- Unterstützungsleistungen im Krankheitsfall müssen sofort ab dem 4. Tag erfolgen.
- Kinderbetreuungs- und Karenzzeiten müssen für die Pension anrechenbar sein.
- Es soll eine automatische und faire Arbeitslosenversicherung für Selbstständige geben.


Abg.z.NR Dv. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich


KommR Katarina Pokorny
Mitglied des Wirtschaftsparlamentes
der Wirtschaftskammer Österreich


KommR Friedrich Strobl
Mitglied des Wirtschaftsparlamentes
der Wirtschaftskammer Österreich
SWV Fraktionsvorsitzender